

**THILO BODE**  
**Die Freihandelslüge**

## Zum Buch

Thilo Bode, seit vielen Jahren politischer Anwalt der Verbraucher und der Umwelt, stellt die Argumente der Befürworter der Freihandelsabkommen CETA und TTIP auf den Prüfstand und legt klar und verständlich dar, dass beide Abkommen Verbraucherrechte, soziale und Umweltstandards gefährden. Er schildert die Intransparenz der Verhandlungen und enthüllt die falschen Annahmen positiver wirtschaftlicher Effekte. Vor allem untersucht er die rechtlichen und politischen Auswirkungen: Im Fall der Ratifizierung erhalten wir beide Male ein Regelwerk, das die Interessen vor allem globaler Konzerne bedient, eine Paralleljustiz zum Schutz von Investitionen einführt und letztlich die Parlamente in ihrer Kompetenz beschneidet. Daneben beleuchtet Thilo Bode anschaulich die Folgen für unseren Alltag: Weitere notwendige Verbesserung von Standards im Umweltschutz, bei gefährlichen Chemikalien, in der Lebensmittelindustrie, in der Landwirtschaft und in der Tierhaltung sowie bei den Arbeitnehmerrechten würden künftig massiv erschwert.

## Zum Autor

**Thilo Bode**, geboren 1947, studierte Soziologie und Volkswirtschaft. 1989 wurde er Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, 1995 von Greenpeace International. 2002 gründete er die Verbraucherorganisation foodwatch.

**THILO BODE**

unter Mitarbeit von Stefan Scheytt

# **Die Freihandelslüge**

Warum wir CETA und TTIP  
stoppen müssen

Deutsche Verlags-Anstalt

Redaktionsschluss: Mai 2016

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® Noo1967

Aktualisierte und erweiterte Ausgabe 2016 auf der Grundlage der 6. Auflage 2015

Copyright © 2015 Deutsche Verlags-Anstalt, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,  
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Alle Rechte vorbehalten

Typografie und Satz: DVA / Andrea Mogwitz

Gesetzt aus der Minion

Grafik im Anhang: © Peter Palm, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04764-9

[www.dva.de](http://www.dva.de)

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

# Inhalt

Vorwort 7

## TEIL I

### **TTIP und CETA: Die Politik unterwirft sich Konzerninteressen**

- 1 Schönredner und Angstmacher 15
- 2 Der geheime Deal 32
- 3 Das Märchen vom Wachstum 54
- 4 Wie Konzerninteressen zu Gesetzen werden oder  
Der Angriff auf die Demokratie 81
  - Eingefrorene Standards 81
  - Die offizielle Inthronisierung der Lobbyisten 90
  - Paralleljustiz für Investoren 107
  - Mogelpackung »Investitionsgerichtshof« 131

## TEIL II

### **Wie TTIP in unseren Alltag eingreift**

- 5 Die Demontage der Vorsorge 137
- 6 Ausgehöhlt: Der Schutz vor Giften 148
- 7 Bedroht: Der Kampf um gutes Essen 158
- 8 Gefangen im Status quo: Das Desaster in der  
Landwirtschaft 175
  - Brussels, USA 183
  - Brüssel, Europa 187

## Inhalt

- Der Stall als Hospital 191
- Freihandelsvieh 198
- 9 Der Sog nach unten: Die neue Arbeitswelt 205

Fazit: TTIP und CETA stoppen 225

Dank 233

### **ANHANG**

Chronologie: Der lange Weg der TTIP- und  
CETA-Verhandlungen 237

Grafik: TTIP-Verhandlungen und  
TTIP/CETA-Entscheidungsprozesse 241

Quellenverzeichnis 242

## Vorwort

Aufklärung statt Geheimnistuerei, Analyse statt plumper Argumente, das wollten wir mit diesem Buch erreichen, als es im Frühjahr 2015 erstmals erschien. Auf diesem Weg sind wir seitdem ein gutes Stück vorangekommen. Die Befürworter von TTIP und CETA, die mit getürkten Wachstumsprognosen und dem Verschweigen der Gefahren dieser Abkommen für unsere Demokratie operieren, sind zunehmend in der Defensive. Eine viertel Million Menschen gehen in Berlin auf die Straße! Welch ein Erfolg! Und im Nachhinein hat sich der Titel des Buches »Die Freihandelslüge« gleich mehrfach als berechtigt gezeigt. Bei TTIP und CETA ist das Prädikat »Freihandel« lediglich ein Vorwand, um Wirtschaftsinteressen durchzusetzen.

Mit Freihandel in seiner praktischen Form bin ich zum ersten Mal Ende der 1970er Jahre im Maghreb in Berührung gekommen. Als junger Mann arbeitete ich an Entwicklungshilfeprojekten in Tunesien mit und verteidigte den Freihandel gegen Kritiker, die es auch damals reichlich gab. Für sie war internationaler Handel gleichbedeutend mit »Ausbeutung durch Imperialisten«. Als Volkswirt habe ich mich im Studium vor allem mit internationalem Handel und Entwicklungspolitik beschäftigt. Solche Pauschalurteile haben mich daher schon vor vierzig Jahren geärgert. Sie ärgern mich auch heute noch: Als müsse jedes Land sämtliche Produkte und Dienstleistungen selbst herstellen, als wäre es nicht sinnvoll, wenn Länder ihre Stärken und

besonderen Bedingungen, die sie von anderen Staaten unterscheiden, in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft zu ihrem Vorteil nutzen. Ohne internationalen Handel ließe sich die Ernährung der Weltbevölkerung nicht bewerkstelligen.

In Tunesien gedeihen trotz des wenigen Regens hervorragende Oliven, sie könnten als Olivenöl nach Europa exportiert werden und dem Land Devisen einbringen für den Import von bewässerungsintensivem Weizen – das wäre ein guter, auch ökologisch sinnvoller Austausch für die Handelspartner. So war die Theorie, als ich mithelfen wollte, die wirtschaftliche Entwicklung der armen Länder Nordafrikas voranzubringen.

In der Praxis erlebte ich dann, wie diese überzeugende Theorie durch die machtvolle Wahrung von Interessen beschädigt wurde. Tunesien durfte kaum Olivenöl nach Europa exportieren und wird auch heute noch an dessen freiem Export mit Handelsschikanen und Zöllen gehindert, weil die tunesischen Oliven mit der subventionierten Olivenproduktion in den Mittelmeerstaaten der EU konkurrieren. Anstatt den afrikanischen Olivenproduzenten die Chance zu geben, mit guten Produkten Geld zu verdienen und damit die Wirtschaft in armen, ländlichen Regionen zu fördern, finanzierte die Entwicklungshilfe teure Bewässerungsprojekte, um dort Weizen anzubauen. Das ist Verrat an der Freihandelsidee, begangen von Politikern, die vom Freihandel sprechen und Protektionismus praktizieren – um dann gönnerhaft Entwicklungshilfe zu gewähren.

Von der Idee des fairen Freihandels, der allen Beteiligten Vorteile bietet, bin ich dennoch bis heute überzeugt. Als das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der Europäischen Union und auch das CETA-Abkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement) immer



häufiger in den Medien auftauchte, war ich deshalb zunächst nicht grundsätzlich dagegen. Schließlich geht es nicht um Handelsbeziehungen zwischen einem Industrie- und einem Dritte-Welt-Land, sondern um ein Abkommen zwischen zwei wirtschaftlich hoch entwickelten und bereits eng verflochtenen Wirtschaftsblöcken. Doch dann begann ich, mich näher damit zu beschäftigen, auch angeregt durch viele Förderer und Unterstützer von foodwatch, die uns Fragen stellten und uns ermunterten, genauer hinzusehen.

Das haben wir getan, und das Ergebnis ist dieses Buch. Im ersten Teil versuchen wir, TTIP und CETA zu erklären – die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die zu erwartenden ökonomischen Effekte. Eingeordnet werden dort die kontroverse Debatte, der Stand der Verhandlungen sowie die Auswirkungen von TTIP und CETA auf unsere Demokratie. Im zweiten Teil geht es um die Auswirkungen, die diese Abkommen auf unseren Alltag haben werden. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die Dimensionen von TTIP und CETA gigantisch sind, da sie fast alle Wirtschafts- und Industriebereiche berühren. Deshalb musste ich mich hier auf einige beispielhafte Bereiche beschränken. Es sind dies Felder, die einerseits erhebliche politische Bedeutung haben, andererseits uns auch im Alltag unmittelbar betreffen: Chemikalien, Lebensmittel, Landwirtschaft, Tierschutz und Arbeitnehmerrechte.

Die Entwicklungen in den vergangenen Monaten haben meine Grundannahmen und Befürchtungen bestätigt. Der nunmehr vorliegende Text des CETA-Abkommens beweist: Das in der europäischen Verfassung garantierte Vorsorgeprinzip droht durch das Freihandelsabkommen irreversibel beschädigt zu werden. Die in der Debatte behaupteten Zuwächse bei Wachstum und Jobs als Folge der Abkommen

haben sich als politisch motivierte, nicht haltbare Versprechen erwiesen; die Drohung, wenn Europa diese Abkommen nicht schlieÙe, würden andere (»die Asiaten«) die technischen und sozioökonomischen Standards bestimmen und Europa von den Weltmärkten abkoppeln, erweist sich als reine Panikmache. Und trotz intensiver Kritik soll nicht nur an der demokratiefeindlichen Paralleljustiz für ausländische Investoren festgehalten werden. Darüber hinaus hat sich die Erkenntnis verstärkt, dass das wichtigste Recht der Bürger Europas, nämlich mit ihrer Stimme bei Wahlen ihre eigenen Geschicke zu bestimmen, in mehrfacher Hinsicht und in einem ungeahnten Ausmaß geschwächt wird.

Die monatelange Recherche mit meinem Team hat mir jene Erfahrung in Tunesien vor vierzig Jahren ins Gedächtnis gerufen: Noch viel krasser als damals besteht bei TTIP und CETA eine Kluft zwischen Theorie und Praxis der Freihandelsidee. Die Abkommen dienen nicht den beteiligten Ländern, der Mehrheit ihrer Bürger und der Mehrheit ihrer Unternehmen, und schon gar nicht dienen sie ärmeren Ländern. Sie dienen fast ausschließlich den großen, weltweit agierenden Konzernen, die ihre Marktanteile und ihren Einfluss absichern und ausbauen wollen. Ein Baustein dafür, wie ich zu diesem Urteil komme, ist ein Satz aus dem TTIP-Verhandlungsmandat, das die EU-Mitgliedsstaaten der EU-Kommission erteilt haben. Dort steht, dass Investoren durch TTIP »das höchstmögliche Maß an Rechtsschutz und Rechtssicherheit« gewährt werden soll. Ein derart ehrgeiziges Ziel – »das höchstmögliche Maß« – gibt das Mandat für kein anderes Thema und für keine andere Gruppe aus.

Diese Formulierung bringt TTIP auf den Punkt. Lassen Sie sich nicht ablenken vom TTIP-Dauerthema »Chlorhühnchen« oder von der Frage, ob wegen des Abkommens bald Nürnber-

ger Rostbratwürstchen aus Kentucky auf Grills in Europa landen könnten. Darum geht es bei TTIP nur ganz am Rande. Im Kern geht es darum, Konzerninteressen in Gesetze zu gießen, mit der Konsequenz, dass auf Dauer unsere demokratischen Rechte und die Demokratie in Europa diesen Konzerninteressen unterworfen werden. Das weit verbreitete Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Regierungshandeln wird sich verstärken und verfestigen ebenso wie die Entfremdung zwischen Bürgern und ihren gewählten Vertretern. Kein Freihandelsabkommen dieser Welt ist es wert, eine unserer größten zivilisatorischen Errungenschaften, die Demokratie, derart zu beschädigen.

Erst langsam und noch unzureichend beginnt sich diese Erkenntnis auch bei unseren Abgeordneten in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament durchzusetzen. Neben denen, die Wirtschaftsinteressen schlichtweg höher bewerten als Risiken für die Demokratie, gibt es noch zu viele Volksvertreter, die sich der tatsächlichen Gefahren durch TTIP und CETA gar nicht bewusst sind. Denn mit allen Mitteln versuchen die Befürworter der Freihandelsverträge, Politiker und Konzern-Lobbyisten, eine intensive Debatte über »TTIP und Demokratie« unter der Decke zu halten. Mit der aktualisierten Ausgabe der »Freihandelslüge« will ich genau diese Absicht bekämpfen und den Lesern entsprechende Argumente an die Hand geben, auch damit sie ihren Abgeordneten klarmachen können, was auf dem Spiel steht.

Der Einsatz lohnt sich. Mehr als zu Beginn unserer Kampagne gegen die Freihandelsverträge bin ich überzeugt: Wir haben die besseren Argumente. Wir können es schaffen, TTIP und CETA zu stoppen.

Ihr Thilo Bode



## **TEIL I**

# **TTIP und CETA: Die Politik unterwirft sich Konzerninteressen**



# 1

## Schönredner und Angstmacher

Die Arroganz der Macht, sie zeigt sich an diesem Tag im Mai 2014 gleich mehrfach. In Berlin wollen Aktivisten der Organisation Campact 470 000 Unterschriften gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel übergeben. Sie haben dafür eine öffentliche Veranstaltung Gabriels mit dem damaligen EU-Handelskommissar Karel De Gucht gewählt, auf der die beiden Stellung beziehen wollen zur Kritik an TTIP. Doch der Auftritt der Politiker bleibt vielen als ziemlich arrogant in Erinnerung. Karel De Gucht, Europas Handelsminister und TTIP-Chefverhandler, hält den 470 000 Unterzeichnern des Anti-TTIP-Appells den Satz entgegen: »Ich vertrete 500 Millionen.« Und Sigmar Gabriel hat für die Entgegennahme der Unterschriften keine Zeit. Das darf ein Vizekanzler und SPD-Chef: keine Zeit haben. Was er nicht darf: 470 000 Menschen für dumm verkaufen. Aber Sigmar Gabriel tut es, er sagt: »470 000 Unterschriften zu sammeln gegen etwas, das es noch gar nicht gibt, das muss man erst mal machen.« TTIP ein Phantom – darauf muss man erst mal kommen.

Für »etwas, das es noch gar nicht gibt«, ist TTIP zu diesem Zeitpunkt schon ziemlich weit gediehen, freilich weitgehend im Geheimen. Bereits seit 2011 reden die EU und die USA

über ein mögliches Freihandelsabkommen. Ein Sonderteam aus Experten der US-Regierung und der EU-Kommission, die »High Level Working Group on Jobs and Growth«, sondierte zunächst die Möglichkeiten einer tieferen transatlantischen Zusammenarbeit. Mitte 2013 erteilte dann der Rat der europäischen Handelsminister (in Deutschland ist das der Wirtschaftsminister) der EU-Kommission das zunächst geheim gehaltene Mandat, über ein Freihandelsabkommen mit den USA zu verhandeln, Titel: Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP. Einen förmlichen Beschluss des Bundstags oder des EU-Parlaments gab es dazu allerdings nie – vielleicht ist es diese Tatsache, aus der Sigmar Gabriel den Schluss zieht, TTIP gebe es noch gar nicht.

Nur wenige Wochen nach Gabriels Satz veröffentlicht sein Koalitionspartner CDU eine Broschüre über dieses »Etwas, das es noch gar nicht gibt«. Dem angeblichen Phantom TTIP werden darin nun schon ganz reale Vorteile zugeschrieben: »So kann TTIP der deutschen Wirtschaft nutzen«, lautet der Titel. Daneben prangt ein Logo, es besteht aus einem orangefarbenen Kreis, darin die Silhouette einer Brücke, die an die Golden Gate Bridge in San Francisco erinnert, sowie der Slogan »TTIP – Brücke in die Zukunft«. Möglicherweise hofften die Macher der Broschüre, dass sich der Leser – dank TTIP – über die Golden Gate Bridge in eine in Gold-Orange getauchte Zukunft fahren sieht.

Als wäre sie der oberste Controller der deutschen Exportindustrie, gräbt sich die CDU in ihrer Broschüre tief in technische Details: »Airbags müssen für den EU- und den US-Markt völlig unterschiedlich kalibriert werden, weil die EU-Vorschriften von einem angeschnallten Fahrer ausgehen, die US-Vorschriften von einem nicht angeschnallten«, heißt es in dem



Papier. »Rote Rückblinker (in den USA) und gelbe Rückblinker (in der EU) verteuern die Herstellungsprozesse ebenso wie nicht-einklappbare Seitenspiegel (USA) und einklappbare Seitenspiegel (in der EU) oder unterschiedliche Vorschriften zum Einsatz von Crash-Test-Dummys.«

Auch im Maschinenbau sieht die Partei großes Sparpotenzial: Wegen unterschiedlicher Vorschriften könnten technische Produkte wie Gasarmaturen, Gasrohre, Kabelbäume oder Sicherheitsventile aus Deutschland nur mit zusätzlichen Sonderbauteilen in die USA verkauft werden, trotz eines vergleichbaren Schutzniveaus. »Dies verteuert die Herstellungskosten und damit den Preis für den Endverbraucher unnötigerweise.« So wie man in der Vergangenheit innerhalb der Europäischen Union für einheitliche Standards gesorgt habe, »von der Telefonbuchse bis zur Netzspannung, von der Sicherheit unserer PKW bis zur Qualität unserer Lebensmittel«, so ließe sich in Zukunft durch TTIP auch der Austausch von Waren und Dienstleistungen mit den USA erleichtern. Geringere Zölle, weniger Bürokratie, gleiche Standards jeweils für Autos, Maschinen, Kosmetika, Textilien, Lebensmittel und vieles mehr – das sei die Formel für neue Absatzmärkte und neue Jobs, für eine größere Produktauswahl und niedrigere Preise, letztlich für mehr Geld im Geldbeutel jedes Einzelnen. »Von TTIP haben wir alle etwas: ob als Verbraucher oder Arbeitnehmer, ob als Verkäufer oder Arbeitgeber, ob als Leistungsträger oder Leistungsempfänger.« So steht es neben der Silhouette der Golden Gate Bridge im warmen Abendlicht, der »Brücke in die Zukunft«.

In den Aussagen deutscher Regierungsvertreter und anderer TTIP-Befürworter steckt oft ein irritierendes Pathos, ein krasses Missverhältnis zwischen der Behauptung – geringere

Zölle, Angleichung technischer Standards – und ihrer angeblichen Bedeutung. Die rhetorisch sonst so unambitionierte Bundeskanzlerin mahnte in martialischem Ton, ihre Partei werde TTIP »gegen alle Widerstände durchkämpfen«, die EU müsse das Abkommen »mit Haut und Haaren« verhandeln; Angela Merkel verglich die Debatte um das Freihandelsabkommen sogar mit jener um den Nato-Doppelbeschluss in den 1980er Jahren, die die Gesellschaft in zwei Lager spaltete. Merkels Vize, SPD-Chef Sigmar Gabriel, lud die Debatte im Bundestag moralisch auf: »Wenn wir das hier falsch machen, werden unsere Kinder uns verfluchen.« Scheiterten TTIP und das zwischen der EU und Kanada damals noch nicht restlos ausverhandelte Freihandelsabkommen CETA, könnten »viele hunderttausend Menschen in Deutschland« ihren Job verlieren, der Exportnation Deutschland drohe »eine mittlere Katastrophe«. Daimler-Chef Dieter Zetsche sorgte sich, Deutschland und die EU würden ohne TTIP eine »historische Chance« verpassen, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, sprach von einer »Jahrhundert-Chance«. Kann man das ernst nehmen: dass uns unsere Kinder verfluchen werden, wenn wir die Farben von Rückblinkern nicht vereinheitlichen? TTIP – eine »Jahrhundert-Chance«? Geht es noch größer? Wird als Nächstes von »Sünde« gesprochen, wenn Menschen trotzdem Fragen stellen?

Merkel, Gabriel & Co. appellieren an diffuse Ängste, wenn sie behaupten, ohne das Abkommen würden Deutschland und Europa »den Anschluss an asiatische Länder verlieren«, sich sogar »von den Weltmärkten abkoppeln«. Jenseits von Wachstum und neuen Jobs sprechen für den US-Botschafter bei der Europäischen Union, Anthony Gardner, »geostrategische Gründe« für TTIP: Der Blick auf den Mittleren Osten

oder auf Russlands Ukrainepolitik mache deutlich, dass TTIP die transatlantische Allianz wirtschaftlich festigen könne, so wie die Nato das in militärischer Hinsicht leiste: »Wir müssen die Regeln im Welthandel setzen, bevor es andere tun«, so Anthony Gardner, »TTIP ist aus vielerlei Gründen nicht nur wichtig, sondern unverzichtbar.« In solchen Sätzen schwingt Angela Merkels berühmtes Wort von der Alternativlosigkeit mit: TTIP – wir haben keine Wahl. Und sollten wir dennoch die falsche treffen, bezahlen wir dafür bitter.

Berlin, im Juli 2014: Auf der Bühne eines Konferenzsaals der Friedrich-Ebert-Stiftung sitzt George Miller aus San Francisco, er nimmt an einer Podiumsdiskussion über Freihandelsabkommen teil. Miller ist nicht irgendein US-Politiker. Mit vierzig Jahren als Kongressabgeordneter gehört er zu den Dienstältesten in Washington, Miller gilt in den USA als ein politisches Schlachtröss. Der Demokrat aus Kalifornien ist kein Gegner des Freihandels. Es käme ihm wohl nie in den Sinn, gegen ein Abkommen wie TTIP zu argumentieren, würde es nur Doppeltests überflüssig machen, technische Standards einander angleichen, sinnlose Zölle aus grauer Vorzeit abschaffen.

Dennoch hat George Miller Ende 2013 einen Brief an seinen Präsidenten und Parteifreund Barack Obama initiiert, den mehr als ein Drittel der 435 Kongressabgeordneten unterschrieben haben. Der Brief richtete sich gegen das inzwischen durchgepackte sogenannte »Fast-Track«-Gesetz, eine Art Schnellverfahren, das die Befugnisse der US-Regierung beim Aushandeln von Freihandelsverträgen massiv ausdehnt und jene des US-Kongresses entsprechend einschränkt. Die Abgeordneten können bei der Abstimmung über TTIP und andere

Freihandelsabkommen nun nicht mehr einzelne Inhalte des Vertragsentwurfs verändern, sondern nur noch mit »Ja« oder »Nein« über den Vertrag als Gesamtpaket abstimmen. Sie haben nicht mehr die Möglichkeit, die Idee mit den gleichfarbigen Rückblinkern gutzuheißen und gleichzeitig gegen laxere Regeln bei der transatlantischen Bankenregulierung zu stimmen.

Am Ende seiner langen politischen Karriere ist George Miller an diesem Tag im Sommer 2014 noch einmal nach Berlin gekommen, um seine deutschen Zuhörer in ihrem Widerstand gegen TTIP zu bestärken. Hunderttausende, gar Millionen neuer Jobs durch TTIP? »Ein Märchen«, antwortet Miller. Mehr Wachstum und Wohlstand für alle durch die Integration der Wirtschaftsräume USA und EU zur größten Freihandelszone der Welt? »Es muss um die Interessen der Bürger gehen, nicht um die der Konzerne«, entgegnet der Mann aus San Francisco, »bei TTIP wäre es wie bei einer Lotterie: wenige Gewinner, viele Verlierer.« Vor allem aber empfinden George Miller und die übrigen Unterzeichner seines Briefs an Präsident Obama eine »tiefe Besorgnis« angesichts der Reichweite heutiger Freihandelsabkommen – eine Tatsache, die das Lager der Befürworter meist völlig ausblendet. Denn: Heutige Freihandelsabkommen beschränken sich nicht auf die Angleichung technischer Standards für Autos und Maschinen, sie zielen nicht nur darauf ab, Zölle auf Importe zu senken oder abzuschaffen. Verträge wie das geplante TTIP berühren fast sämtliche Politikfelder vom Umweltschutz und der Landwirtschaft über das Arbeitsrecht bis zum Gesundheitswesen; sie greifen ein in den Patent- und Datenschutz, in die Standards für Lebensmittel und Chemikalien, sie betreffen Fragen der Energiegewinnung wie im Fall des Frackings, sie können

die Regulierung der Banken verschlechtern und den Schutz ausländischer Investoren verbessern. Was daran am meisten beunruhigt: TTIP greift auch in die Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene ein, das Abkommen beschneidet die Rechte nationaler und europäischer Parlamente, ja, TTIP birgt das Risiko, die nationale und europäische Justiz durch eine Paralleljustiz zu schwächen.

Der Franzose Pascal Lamy, bis 2004 jahrelanger Außenhandelskommissar der EU und bis 2013 Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, also ein intimer Kenner der Materie, hat in einer öffentlichen Vorlesung Anfang 2015 von einer »alten« und einer »neuen Welt« in den internationalen Handelsbeziehungen gesprochen. In der »alten« Handelswelt sei es vor allem darum gegangen, Schutzzölle auf unterschiedliche Produkte gegeneinander zu »verrechnen« und sie auf diese Weise zum Vorteil beider Seiten zu senken, das Ziel war im besten Fall die Null. Doch in der »neuen« Handelswelt, wie TTIP und CETA sie repräsentieren, gehe es nicht mehr um ideologisch wertfreie Zollfragen, sondern um Standards in sensiblen Bereichen wie Verbraucherschutz, Gesundheit, Tierschutz, Datensicherheit oder Umweltverträglichkeit, also um kulturell, historisch oder religiös geprägte Eigenheiten von Ländern. Es gehe demnach um ein »völlig anderes politisches Spiel«, argumentiert Lamy: »Sicherheitsanforderungen für Feuerzeuge lassen sich nicht mit Sicherheitsstandards für Spielzeug verrechnen.«

Diese zutreffende Analyse Pascal Lamys begründet den Anspruch der betroffenen Gesellschaften, über diese »neue« Handelswelt gründlich, ehrlich und in völliger Transparenz zu debattieren, um damit die notwendige demokratische Legitimation der Entscheidungen sicherzustellen. Doch das Pro-



Thilo Bode

### **Die Freihandelslüge**

Warum wir CETA und TTIP stoppen müssen

Paperback, Broschur, 272 Seiten, 12,5 x 20,0 cm

1 s/w Abbildung

ISBN: 978-3-421-04764-9

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: Juli 2016

Nicht nur TTIP, auch das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA muss gestoppt werden. Denn CETA ist TTIP durch die Hintertür! Mit der Verabschiedung beider Abkommen, würden Regelwerke in Kraft gesetzt, die in erster Linie Konzernen nützen, während sie der Mehrheit der Menschen in Nordamerika und Europa schaden. Unmissverständlich legt Thilo Bode dar, welche Folgen CETA und TTIP für Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerrechte haben und warum sie – das vor allem macht sie gefährlich – die Souveränität der Länder aushöhlen, in demokratischen Prozessen darüber zu entscheiden, welche Gesetze sie haben wollen. Das gilt es zu verhindern. Freihandel ist auch ohne CETA und TTIP möglich.

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage des SPIEGEL-Bestsellers

Große Demonstrationen in 7 Städten am 17. September 2016

 [Der Titel im Katalog](#)